

Über 70 Vertreterinnen und Vertreter von Kreissenorenräten und des Landessenorenrats haben am 15. April 2014 die

Ruiter Erklärung I – 2014

Keine Energiewende auf dem Rücken von Einkommensschwächeren und kleineren Gewerbetreibenden

verabschiedet:

Die Zurverfügungstellung von Energie zu maßvollen und leistbaren finanziellen Bedingungen ist eine soziale Frage von höchster Priorität.

Insbesondere Millionen Rentnerinnen und Rentner sind davon betroffen.

Die durch das Bundeskabinett beschlossene Energiewende entlastet die Industrie um ca. 5,1 Mrd. € im Jahr.

Die Verbraucher und kleinere Unternehmen die nicht von der EEG-Umlage befreit sind, müssen offensichtlich dafür gerade stehen, dass die kalkulierte Gesamtsumme von rd. 9,6 Mrd. € gleichwohl aufgebracht wird.

Hinzu kommt, dass die sich so ergebenden Belastungen offensichtlich weit über diese Legislaturperiode hinausgehen.

Es handelt sich also um eine dauerhafte, ungerechte Verteilung der Kosten für die EEG-Umlage.

Der Landessenorenrat fordert dazu auf, die dahinter stehenden sozialen Verwerfungen gerade für Einkommensschwächere und auch kleinere Gewerbetreibende zu beachten und entsprechende Korrekturen am Gesetzentwurf für die Energiewende vorzunehmen.